

# UTE VOGT

## INFORMIERT

Nr. 4

SPD

April 2021



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

jenseits der aktuellen Herausforderungen durch die Pandemielage hat in Berlin in Sachen Gesetzgebung der Endspurt eingesetzt. Noch vier Sitzungswochen sind Zeit und die Verhandlungsrunden laufen auf Hochtouren. Die Stimmung ist angespannt, vor allem die Kollegen der CDU sind ziemlich von der Rolle. In vielen Bereichen ziehen sich die Verhandlungen auch deshalb in die Länge, weil sich die CDU schon intern uneinig ist, und von den zusätzlichen Problemen zwischen CDU/CSU brauche ich ja nichts weiter zu schreiben. Wie stets sind unsere Ministerinnen und Minister die stabilen und fleißigen Säulen der Regierung. Aber wie stets erleben wir auch dieses Mal, zumindest nach den Umfragen, dass solide und zuverlässige und soziale Regierungsarbeit wenige wahrgenommen und kaum belohnt wird. Unsere Bilanz ist wichtig, denn sie ist ein Zeichen der Verlässlichkeit und hilft uns das Vertrauen in uns zu stärken bzw. wieder zu gewinnen. Aber mit Fleißkärtchen alleine gewinnen wir keine Wahl. Jetzt wird es Zeit zusammen mit Lucy Schanbacher und Dejan Perc über die Herausforderungen der Zukunft zu reden! „[Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.](#)“ lautet der Untertitel unseres Zukunftsprogramms, das am 9. Mai auf dem Bundesparteitag verabschiedet wird. Persönlich gefällt mir besonders gut, dass gleich in der ersten Überschrift das Wort „Respekt“ zentral platziert ist. Ich bin zutiefst überzeugt, dass man Wahlen mit einer Idee vom Zusammenleben gewinnen und nicht mit guten Gaben, die wir unterschiedlichen Zielgruppen versprechen. Und eine Sehnsucht vieler Menschen verbindet sich mit „Respekt“. Im Umgang miteinander, bei der Art, wie wir diskutieren, geht es nicht alleine um Respekt vor Menschen, sondern auch vor der Umwelt und Natur und den Herausforderungen, die es zu meistern gilt. Eine lebendige Demokratie braucht Debatten und Streit. Es wird eine Aufgabe des Bundestagswahlkampfes zu zeigen, dass man hart und respektvoll um den besten Weg für die Zukunft streiten kann, aber auch muss. Die Ära der moderierenden Kanzlerin geht zu Ende. Es war für unsere Demokratie schlecht, dass sie versucht hat, alle Unterschiede zuzukleistern. Immer abwarten, wohin sich der Wind dreht und sein Fähnchen danach zu richten, ist nicht die Aufgabe, die unser Grundgesetz den Parteien zuweist. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“ heißt es in § 21 GG. Deshalb ist ein Wahlkampf mit Haltung angesagt. Eine SPD, die ihr Programm gemeinsam trägt, und Mitglieder und Funktionsträger, die nur gut übereinander reden, sind für den Erfolg Grundvoraussetzung. Es gilt aber auch, den Mund aufzumachen und die Diskussionen zu führen, damit Unterschiede klar werden. Hier sind wir alle gefragt! Ich freue mich drauf und mein Team und ich helfen gerne, wenn es noch Informationen braucht, die euch in den Debatten der kommenden Monate stärken.

Herzliche Grüße

## Das „Aufholpaket“ für Kinder und Jugendliche



Grafik: Simisi1 auf Pixabay

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert 2 Milliarden, [um Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu helfen](#). Dabei geht es uns nicht allein um Lernrückstände und geeignete Nachhilfeangebote. Weil die Herausforderungen für Kinder, Jugendliche und Familien sehr vielfältig sind, wollen wir breit gefächerte Hilfsangebote. So soll die Unterstützung auch im frühkindlichen Bereich, im Bereich der Ferienfreizeiten und der außerschulischen Angebote ausgebaut und darüber hinaus zusätzliche soziale Arbeit in den Bildungseinrichtungen gefördert werden. Und wir sind für einen Corona-Zuschuss für Familien, die sich im Leistungsbezug befinden.

Um die Situation für die Familien etwas zu erleichtern, erweitern wir den Rechtsanspruch auf Kinderkrankentage von 20 auf 30 Tage pro gesetzlich versichertem Elternteil und pro Kind sowie für Alleinerziehende von 40 auf 60 Tage pro Kind. Darüber hinaus haben wir dafür gesorgt, dass Kinder und Jugendliche bis 14 in Kleingruppen auch weiterhin im Freien kontaktlosen Sport ausüben können. Und Franziska Giffey hat das [Sonderprogramm „Kinder- und Jugendbildung, Kinder- und Jugendarbeit“](#) verlängert. Gemeinnützige Einrichtungen bekommen wie bereits letztes Jahr dafür 100 Millionen Euro.

## Für mehr Transparenz

Endlich kommt das Lobbyregistergesetz, auf das die SPD-Bundestagsfraktion über 10 Jahre hingearbeitet hat! Ab dem 1. Januar 2022 müssen sich Lobbyisten mit umfassenden Angaben registrieren lassen, wenn sie ihre Interessen gegenüber Bundestag und Bundesregierung vertreten. Sie müssen jetzt detaillierte Auskünfte über ihre Vorhaben, ihre Auftraggeber und ihre finanziellen Aufwendungen machen.

Leider blockiert die Union nach wie vor einen wichtigen Punkt: den exekutiven Fußabdruck - also die Veröffentlichung aller Lobbyistenkontakte und Lobbyistenstellungen durch die Bundesministerien bei der Entstehung von Gesetzestexten. Damit wäre noch klarer erkennbar, wer wo und wie Einfluss genommen hat. Dies zeigt - trotz aller Skandale gilt für CDU/CSU leider immer noch: so wenig wie möglich Transparenz zeigen!

Aufgrund des öffentlichen Drucks konnten wir die Union noch zu einer deutlichen Verschärfung der Transparenzregeln für Abgeordnete bewegen. Künftig müssen anzeigepflichtige Einkünfte aus Nebentätigkeiten und Unternehmensbeteiligungen auf Euro und Cent veröffentlicht werden. Anzeigepflichtig sind sie, wenn sie im Monat den Betrag von 1.000 Euro oder bei ganzjährigen Tätigkeiten im Kalenderjahr in der Summe den Betrag von 3.000 Euro übersteigen. Unternehmensbeteiligungen müssen nun bereits ab fünf Prozent statt bisher ab 25 Prozent veröffentlicht werden. Auch die Einkünfte aus Unternehmensbeteiligungen wie zum Beispiel Dividenden werden anzeige- und veröffentlichungspflichtig. Alle geplanten Verschärfungen sind [hier](#) aufgeführt. Ein entsprechender gemeinsamer Gesetzentwurf der meisten im Bundestag vertretenen Parteien (außer FDP und AfD) wurde bereits [vorgelegt](#).

## Hilfe für die Tierheime

Auch unsere Tierheime trifft die Pandemie schwer. Einnahmen aus saisonalen Veranstaltungen brechen weg. Mitgliedsbeiträge und Spenden reichen vielerorts nicht mehr aus, um Kosten zu decken. Viele Menschen können es sich wegen eigener finanzieller Notlagen nicht mehr leisten, die Tierheime zu unterstützen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich daher in den Haushaltsverhandlungen dafür eingesetzt, die Tierheime durch 7.500 Euro Betriebskostenzuschuss zu unterstützen. Das kann aber nur ein erster Anfang sein.



## Kultursommer 2021



Mit dem Kultursommer 2021 wird vielen Künstler:innen eine Förderung ermöglicht. Mit Open-Air-Konzerten, Theateraufführungen und anderen Formaten im öffentlichen Raum soll das kulturelle Leben aus dem digitalen Raum wieder in die urbane Öffentlichkeit verlagert und die analoge Begegnung zwischen Kulturschaffenden und ihrem Publikum ermöglicht werden. Der Bund stellt für die Fördermaßnahmen insgesamt bis zu 30,5 Mio. Euro aus dem Rettungs- und Zukunftsprogramm Neustart Kultur bereit.

## Bürger:innenanliegen

Nachbessern beim Lieferkettengesetz!  
Unter diesem Motto haben mich sehr viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter kontaktiert. Ich verstehe den Unmut über die fehlenden Details im Gesetzentwurf. Mit unserem Wirtschaftsminister Altmaier war aber leider nicht mehr drin. Trotzdem haben wir ein solides Gesetz auf den Weg gebracht und sollten uns freuen, dass wir damit auch in der EU die Diskussion um Sorgfaltspflichten neu entfachen konnten! Ebenso schrieben mich Bürger:innen wegen der Kinderrechte im Grundgesetz an. Die Diskussion dreht sich hauptsächlich darum, ob die gewählte Formulierung nun für weniger oder mehr Rechte für Kinder und deren Eltern sorgt. Darüber wird im parlamentarischen Verfahren sicher auch noch viel diskutiert werden. Seit Pandemiebeginn erreichen mich außerdem immer wieder konkrete

Aufenthaltsfälle und auch Fragen zu Visa-Beantragungen. Es herrscht hier leider sehr viel Unsicherheit.

Besonders möchte ich auf die binationalen Paare aufmerksam machen, die mich erneut um Unterstützung gebeten haben. Sie möchten trotz Pandemie endlich wieder ihre Partnerinnen und Partner (zumeist leider aus Virusvarianten-Gebieten) in die Arme schließen. Das ist durch die vom Bundesinnenministerium verlängerten Einreisebeschränkungen nicht möglich. Unter dem Motto #Loveisnottourism werden die binationalen Paare nun eine Petition beim Bundestag einreichen. Das halte ich für eine sehr gute Idee. Diese Petitionen finden fernab von Klick-Sammlungen privater Plattformen bei Politiker:innen Gehör.

## Mieten müssen bezahlbar sein

Für viele Menschen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Das ist eine der sozialen Fragen unserer Zeit. Mit der Ablehnung des Berliner Mietendeckels hat das Verfassungsgericht klar gemacht, dass [die Gesetzgebungskompetenz beim Bund](#) liegt. Für eine Mietbegrenzung gibt es verschiedene Modelle: Man kann an der Kappungsgrenze drehen, also wann in welcher Höhe Mieterhöhungen erlaubt sind. Andere schlagen Koppelungen mit der Inflationsrate vor. Die SPD-Bundestagsfraktion bleibt dran!

Es gibt aber auch noch andere Maßnahmen in der Wohnungspolitik und die brauchen wir auch: u.a. mehr Rechte bei Eigenbedarfskündigungen, Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbots oder die beschlossene Reduzierung der Belastung für Mieter bei Modernisierungsmaßnahmen. Spekulierende, die Menschen gezielt „raussanieren“ wollen, erwartet künftig ein Bußgeld von bis zu 100.000 Euro. Ausnahmen bei der Mietpreisbremse müssen beseitigt werden. Die Novellierung des Mietspiegelgesetzes steht an. Gegen Mietwucher würde eine Reform des Wirtschaftsstrafgesetzes helfen. CDU/CSU sind überall mieterrechtlich eine Vollbremse. Statt Millionen an Spenden von Immobilienunternehmen anzunehmen, sollte die Union mithelfen, Wohnen flächendeckend bezahlbar zu machen. Bis genug bezahlbare Wohnungen geschaffen werden, muss juristisch den immer weiter exorbitant steigenden Mieten gegengehalten werden.



Foto: Harry Strauss Auf Pixabay



Foto: Franz W. Auf Pixabay

## Sozialdemokratische Innenpolitik für mehr öffentliche Sicherheit

Letzten Freitag wurde das zweite Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme verabschiedet. Primäres Ziel ist der bessere Schutz der Bundesverwaltung, der kritischen Infrastrukturen, wie die Strom- und Wasserversorgung, sowie der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Digitale Geräte und Netze sollen sicherer werden.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wird gestärkt und personell besser ausgestattet. Der Verbraucherschutz wird Teil des Aufgabenkatalogs des Bundesamts und ein einheitliches IT-Sicherheitskennzeichen wird eingeführt. Gestärkt werden auch die Vorsorgepflichten von Unternehmen beispielsweise bei den Systemen zur Angriffserkennung und bei den Meldepflichten im Falle eines Hacker-Angriffs.

Und passend dazu sei [hier](#) noch unser neues Positionspapier „Sicherheit für alle!“ verlinkt.



### Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart  
Tel: 0711 - 5188 90 10  
Fax: 0711 - 5188 90 20  
E-Mail: [stuttgart@ute-vogt.de](mailto:stuttgart@ute-vogt.de)

### Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 - 227 72894  
Fax: 030 - 227 76446  
E-Mail: [ute.vogt@bundestag.de](mailto:ute.vogt@bundestag.de)

